

WILMERSDORFER EIGENTÜMLICHKEITEN AUS 110 JAHREN GEMEINDEORGANISATION

- ein Beitrag zum historisch vertieften Verstehen der gegenwärtigen Verhältnisse für die Generalkirchenvisitation im September 2002

Martin Germer, stellvertr. Superintendent

Wenn man heute eine Rundreise durch die neun evangelischen Gemeinden Wilmersdorfs macht, stößt man auf eine bemerkenswerte **Vielfalt von Kirchen unterschiedlicher Größe und unterschiedlicher Baustile**: Neben der anheimelnd kleinen mittelalterlichen **Dorfkirche Alt-Schmargendorfs** gibt es lediglich drei Kirchen aus der Kaiserzeit, der Ära des historistischen Kirchenbaus, die überdies in Baustil und Größe charakteristische Unterschiede aufweisen: die **Auenkirche** (1897, neugotisch, Backstein), die **Grunewaldkirche** (1904, neugotisch, Sandstein) und die **Hochmeisterkirche** (1910, ein neoromanischer Zentralbau aus Feld- und Backstein). Mit den anderen vier Kirchen begegnen dem Betrachter Zeugnisse aus der Kirchenbaugeschichte des 20. Jahrhunderts: die **Kreuzkirche** (1929) mit ihrem fernöstlich anmutenden Portal, als eines der seltenen Beispiele expressionistischen Kirchenbaus weit über Berlin hinaus bedeutsam; desgleichen die **Kirche am Hohenzollernplatz** (1933) mit ihrer ganz eigenen Verbindung zwischen moderner, repräsentativer Industriearchitektur von außen ("Kraftwerk Gottes") und Sakralität aus Licht und Beton im Innern; dazu die **Lindenkirche** (1936) als bewusst schlicht und geradlinig gehaltene Vorstadtkirche und schließlich die unter den Kirchbauten der Nachkriegszeit ebenfalls architektonisch beachtliche **Vaterunserkirche** (1961). Der Platz für eine neunte evangelische Kirche in Wilmersdorf blieb unbebaut; die **Danielgemeinde** feiert ihre Gottesdienste nunmehr seit 35 Jahren in ihrem 1967 eingeweihten Gemeindesaal, unter den polyvalenten Gemeindezentren seiner Zeit einem der gelungeneren Beispiele, welches z.B. für Familiengottesdienste hervorragend geeignet ist.

Dabei zeigen es schon die Jahreszahlen: Dass in Wilmersdorf nicht, wie in anderen Innenstadtbezirken, weit überwiegend neogotische und neoromanische Kirchen aus der Zeit des Bau-Booms um die Jahrhundertwende zu finden sind, ist hier nicht die Folge von Kriegsschäden – alle im Zweiten Weltkrieg beschädigten oder sogar weitgehend zerstörten Kirchen konnten bis in die sechziger Jahre hinein im wesentlichen in ihrer Ursprungsgestalt wiederhergestellt werden – die lebendige Vielfalt der hiesigen evangelischen Kirchenbauten ist vielmehr die freilich ganz und gar nicht beabsichtigte **Folge einer für Wilmersdorf kennzeichnenden Langsamkeit in den Jahren und Jahrzehnten um die Wende zum 20. Jahrhundert herum**. Der damals entstandenen Entwicklungsverzögerung und ihren Auswirkungen nachzugehen, kann in mancher Hinsicht auch für heutiges Nachdenken über die Entwicklung der Kirche in der Großstadt, als Organisation und als Teil des kulturellen Lebens, anregend sein.

Vom Dorf zur Großstadt: die evangelische Gemeinde kommt nicht ganz mit

Das Gebiet unseres heutigen Kirchenkreises – mit damals drei Gemeinden: Wilmersdorf, Grunewald, seit 1899, und Schmargendorf, seit 1908 selbständig – war noch bis in die dreißiger Jahre hinein von einer **rasanten städtebaulichen Entwicklung** gekennzeichnet. So wurden etwa das Gebiet der heutigen Lindengemeinde, aber auch Teile Schmargendorfs oder die Gegend um den Fehrbelliner Platz herum erst in den dreißiger Jahren bebaut. Die Mitgliederzahl allein der Kirchengemeinde Wilmersdorf (sie umfasste das gesamte Gebiet der heutigen Gemeinden Auen, Hochmeister,

Hohenzollernplatz, Linden, Vaterunser und Daniel) stieg von 15.000 im Jahr 1897 über 33.000 im Jahr 1904 und 80.000 im Jahr 1910 auf 108.000 nach der amtlichen Statistik des Jahres 1933; nach den offenbar statistisch nicht bereinigten eigenen Zahlen der Kirchengemeinde ging man zur gleichen Zeit sogar von 145.000 Mitgliedern dieser einen Gemeinde aus!

Kirchlich-organisatorisch ging es also alle diese Jahrzehnte hindurch vor allem darum, mit der Stadt-Entwicklung einigermaßen Schritt zu halten. Damit aber tat man sich offenbar kirchlicherseits in Wilmersdorf immer ein wenig schwerer als andernorts. Während die **führenden Kräfte der Kommunalpolitik** seit etwa 1890 zielstrebig und erfolgreich darangingen, das ehemalige Dorf vor den Toren Berlins **zu einer florierenden, selbständigen Großstadt** zu entwickeln und, z.B. durch den zunächst völlig überdimensioniert scheinenden Bau höherer Schulen, insbesondere steuerkräftige Bürger anzulocken, blieb man in der **Leitung der Kirchengemeinde** noch den **dörflichen Gegebenheiten** verhaftet. Da brauchte es schon einige Zeit, bis sich die Erkenntnis durchsetzte, dass die 120 Jahre alte Kirche des Dorfes mit ihren kaum 300 Plätzen sehr bald nicht mehr im entferntesten ausreichen und auch dem städtischen Repräsentationsbedürfnis kaum länger entsprechen würde. Und dann entschied man sich bewußt dagegen, den erforderlichen Kirchenneubau in zentraler Stellung auf einem der projektierten großen Plätze zu errichten. In alter Verbundenheit blieb man damit an der zur Nebenstraße degradierten ehemaligen Dorfaue, der die **1897 eingeweihte Auenkirche** auch ihren so gar nicht urbanen Namen verdankt.

Ganz anders in **Grunewald**. Dort wehte von Anfang an ein frischer Wind. Die Villenkolonie, finanziell höchst potent, wurde 1899 zur selbständigen Kirchengemeinde und konnte **schon 1904**, nach einem groß angelegten Architektenwettbewerb, ihre markant an der Bismarckstraße gelegene und ursprünglich weit prächtiger ausgestaltete Kirche einweihen; die Kurfürstendammgesellschaft hatte dazu den Bauplatz und eine Beihilfe von 150.000 M. zur Verfügung gestellt.

Zur gleichen Zeit entstand auch im um die Jahrhundertwende am raschesten wachsenden Wilmersdorfer Ortsteil **Halensee** der Wunsch nach einer eigenen Kirche. In der Wilmersdorfer Gemeindegliederung wurde das jedoch geraume Zeit für noch nicht dringlich gehalten. So dauerte es dreizehn Jahre, bis **1910** als zweite die **Kirche am Hochmeisterplatz** eingeweiht werden konnte. Da hatte die Gemeindegliederzahl aber eben bereits die 80.000 erreicht!

Die drei Gemeinden des heutigen Wilmersdorf gehörten damals zusammen mit Friedenau, Steglitz, Lichterfelde, Zehlendorf, Nikolassee, Teltow und einigen Landgemeinden zu dem zunächst von der Fläche, mehr und mehr aber auch von der Gemeindegliederzahl her riesigen, bisweilen sogar in offiziellen Dokumenten als Diözese apostrophierten **Kirchenkreis Kölln-Land I**. Hier wurden auf den jährlichen Kreissynoden vom Superintendenten detaillierte Berichte über die kirchliche Entwicklung in den einzelnen Gemeinden gehalten – zunächst „Bericht über die kirchlich-sittlichen Zustände“ genannt und später oft "Ephoralbericht". So konnte der Superintendent 1909 in seinem Ephoralbericht bekanntgeben, dass bei 70.000 Seelen in Wilmersdorf gerade eine vierte Pfarrstelle errichtet und besetzt werden konnte. Kurz danach heißt es freilich in dem selben Bericht, dass z.B. Lichterfelde bei 33.500 Seelen bereits die Errichtung einer fünften Pfarrstelle plante. Auch in Steglitz war man mit einigem Erfolg darauf bedacht, die Schere zwischen Bevölkerungsentwicklung und personeller sowie baulicher Ausstattung der Kirchengemeinde nicht zu sehr aufklappen zu lassen.

Ganz anders noch das Entwicklungstempo der **katholischen Kirche**: dort waren bereits im Jahr 1904 4.500 Wilmersdorfer Gemeindeglieder von einem Pfarrer und zwei Kaplänen betreut worden, wie ebenfalls in einem Ephoralbericht mahnend vermerkt wurde; und im Jahr 1914 standen für 12.000

Katholiken schon drei Kirchen zur Verfügung; der evangelische Pfarrer konnte dies nur im Ton neidvollen Staunens zur Kenntnis nehmen.

1917 scheint der eine der mittlerweile zwei Pfarrer des Wilmersdorfer Nordbezirks, Lic. Adolph **Schettler**, es leid gewesen zu sein, seine Gottesdienste auf unabsehbare Zeit weiter provisorisch in der verbrauchten Luft einer viel zu kleinen Schulaula halten zu müssen. Er ließ mittels eines lancierten Presseberichts die "**Kirchlichen Notstände in Wilmersdorf**" ausrufen, um auf die ihm unverantwortlich erscheinende Langsamkeit hinzuweisen, mit der die Gemeindeleitung die Pläne zum Bau einer Kirche für den Nordbezirk behandelte.

Aber auch das blieb letztlich wirkungslos. Überdies waren es dann die äußeren Umstände des verlorenen Krieges, der anschließenden Umbruchzeit und der Inflationsjahre, die nun tatsächlich für Jahre erst einmal alles ins Stocken brachten. Als schließlich im Jahr 1933 im Nordbezirk die Kirche am Hohenzollernplatz in Gebrauch genommen werden konnte, war die Bebauung dieses Gebiets mit damals wohl um die 30.000, wenn nicht noch mehr Evangelischen im wesentlichen schon seit zwei Jahrzehnten abgeschlossen!

Für **Schmargendorf** hatte der Superintendent von Kölln-Land I bereits 1894 (!) von "Verhandlungen über den Neubau der Kirche in Schmargendorf" berichtet – die aber offenbar zu nichts geführt haben. 1912, vier Jahre, nachdem die dortige Kirchengemeinde von Wilmersdorf unabhängig geworden war, konnte an gleicher Stelle gesagt werden: „Der Neubau der Kirche in Schmargendorf ist in Angriff genommen. Von den eingelaufenen Entwürfen sind 2 zur engeren Wahl genommen.“ Doch dann wird wohl der Krieg die Ausführung verhindert haben. So sollte es, ähnlich wie in der Muttergemeinde, noch siebzehn weitere Jahre dauern, bis auch der westliche Teil Schmargendorfs seine eigene Kirche bekam, für die Gottesdienste stand weiterhin, neben der besonders kleinen Dorfkirche, nur der Festsaal des Realgymnasiums zur Verfügung.

Bremser an den Schalthebeln: Entwicklungsverzögerung trotz guter Bedingungen

Von heute aus kann man, auch nach Lektüre von Protokollen und weiteren Akten, nur Vermutungen darüber anstellen, was gerade in Wilmersdorf diese eigentümliche Langsamkeit bewirkt haben mag – wobei es für die damals handelnden oder auch nicht bzw. nicht mit der nötigen Zielstrebigkeit handelnden Personen natürlich nicht abzusehen war, dass das in diesen Jahren vielleicht Versäumte dann infolge des Krieges und seiner Auswirkungen gleich über Jahrzehnte nicht aufzuholen sein würde.

Eines lässt sich immerhin mit Sicherheit sagen: **Am Geld mangelte es nicht.** Das innerhalb von zwanzig Jahren vom Dorf zur Großstadt angewachsene Wilmersdorf konnte sich im Jahr 1911 rühmen, deutschlandweit die Kommune mit dem höchsten Pro-Kopf-Steueraufkommen zu sein. Und die einzelnen Kirchengemeinden konnten in einiger Freiheit selbst ihre Kirchensteuer festsetzen und dabei gerade auch ihrem Baubedarf Rechnung tragen. Andernorts war man damit weitaus zügiger vorangekommen. Steglitz und Lichterfelde im selben Kirchenkreis, in vielem mit Wilmersdorf vergleichbar, dabei als Einzelgemeinden deutlich kleiner und auch von der Steuerkraft her wohl nicht ganz so gut gestellt, hatten bis 1914 jeweils schon drei große Kirchen gebaut.

Auch die **Verbindungen zwischen Kirchengemeinde und politischer Gemeinde** waren damals eigentlich sehr gut. Zur Wilmersdorfer Gemeindeleitung gehörten seit den 1890er Jahren stets auch

führende Kommunalpolitiker, Bürgermeister, Stadträte, Stadtverordnetenvorsteher, Bau- und Finanzfachleute.

Was in Wilmersdorf fehlte, war ein entsprechender Gestaltungswille unter den in der Gemeindeleitung tonangebenden Personen und zumal bei dem von 1896 bis 1917 amtierenden geschäftsführenden 1. Pfarrer, Konsistorialrat Friedrich Christoph **Kriebitz**. Dieser, ein ehemaliger Militärfarrer, hatte mit 59 Jahren sein Amt in Wilmersdorf übernommen und gab bis ins 80. Lebensjahr die Zügel nicht aus der Hand. Er orientierte sich am Vorhandenen. Was bisher getaugt hatte, würde doch auch für die nächste Zeit noch genügen. Im Gemeindegemeinderat stand er mit dieser Haltung offenbar nicht allein. Vorwärtsdrängende Initiativen, sei es aus den neuen Gemeindegemeindeteilen oder auch von den nach und nach berufenen jüngeren Amtsbrüdern, wurden eher gebremst als gefördert.

So kursierten zwar um das Jahr **1910** herum sogar detaillierte **Pläne zur Errichtung von weiteren vier Kirchen für die Gemeinde Wilmersdorf**, erstellt von einem Ingenieur aus der städtischen Bauverwaltung. Aber schon bei der Suche nach geeigneten Bauplätzen fehlte seitens der Gemeindeleitung offenbar der Nachdruck, um die nötigen Entscheidungen herbeizuführen.

Die kommunalpolitisch führenden Kreise Wilmersdorfs, mehrheitlich konservativ, zu großen Teilen evangelisch, z.T. ja auch durchaus kirchlich ansprechbar, dachten und verhielten sich offenbar doch in ihrer politischen Arbeit schon damals, zu Zeiten von "Thron und Altar", im Hinblick auf religiöse Angelegenheiten eher **distanziert und neutral**. Wenn die Kirche nicht entschieden selbst für ihre Belange eintrat, durfte sie auch nicht erwarten, von seiten der Kommune besonders berücksichtigt zu werden.

Dafür ein Beispiel: 1913 erschien in der Reihe Monographien Deutscher Städte der Band "Berlin-Wilmersdorf". In ihm stellt die damalige Stadtverwaltung detailliert alles dar, was Wilmersdorf als moderne und attraktive Großstadt erscheinen lässt. Die Kirchen der Stadt und auch ihr soziales Engagement, etwa durch den Ausbau einer großen Schwesternstation (die im übrigen schon damals zu erheblichen Teilen von der Kommune mitfinanziert wurde!) kommen dabei nicht vor. Herausgeber des Bandes: Oberbürgermeister Ernst **Habermann**, seit langem immer wieder auch in kirchlichen Gremien aktiv, z.B. seit 1910 als Mitglied der Kreissynode!

Derselbe Oberbürgermeister hatte übrigens, im gleichen Jahr 1913, in einem vertraulichen Gespräch den aus heutiger ökumenischer Sicht höchst interessanten Vorschlag gemacht, man könnte die Kirche für den Nordbezirk doch als Pendant zur dort bereits 1897 eingeweihten katholischen Kirche am Ludwigkirchplatz errichten. Dies aber wurde, wie so manches andere, nicht aufgegriffen; es wäre wohl auch im schon damals in Wilmersdorf gut repräsentierten katholischen Bevölkerungsteil auf wenig Gegenliebe gestoßen.

Muss man angesichts einer solchen politischen und kulturellen Stimmungslage womöglich von **selbst beförderter oder zumindest angenommener Marginalisierung** seitens der evangelischen Kirche in Wilmersdorf sprechen? Es ist schwer zu ermessen, was der langanhaltende Mangel an Präsenz im Stadtbild durch markante Kirchenbauten für die öffentliche Wahrnehmung oder Nicht-Wahrnehmung Evangelischer Kirche im an repräsentativen Bauten reichen Wilmersdorf bedeutet hat. Wie sollte sich ausgerechnet unter den bürgerlich-anspruchsvollen, neu hinzuziehenden Wilmersdorferinnen und Wilmersdorfern eine Kirchen- oder gar Gemeindebindung entwickeln, wenn sie so lange ohne angemessene Gottesdiensträume bleiben mussten! Bei den auf den Kreissynoden regelmäßig mitgeteilten Zahlen bezüglich Gottesdienst- und Abendmahlsteilnahme, Kollekten, Taufen und Trauungen lag Wilmersdorf jedenfalls seit Anfang des Jahrhunderts immer wieder weit hinter

vergleichbaren Gemeinden wie etwa Friedenau. Sowohl kirchensoziologische Erhebungen als auch gemeindepraktische Erfahrung zeigen, in welchem Maße für viele Menschen ihr Kirchenbezug sich an Kirchengebäuden und der in ihnen erfahrene Begleitung im Jahreslauf und im Lebenszyklus (Taufe, Konfirmation und Trauung) festmacht – und wie solche Bezüge sich über die Generationen hinweg tradieren. Ebenso dürfte sich wohl auch das langanhaltende Fehlen solcher Bezugsmöglichkeiten weit über die damalige Zeit hinaus ausgewirkt haben.

Kirche vor neuen Herausforderungen: Kontakt zu den Distanzierten, "Schulfrage" und "Mittelstandsnot"

Zu denen, die das Problem der zunehmenden Kirchendistanz früh erkannt hatten, gehörte der 1911 an die Hochmeisterkirche berufene Pfarrer Albrecht **Kaiser**. Er gab seit **1914** ein "**Kirchliches Monatsblatt für die evangelische Gemeinde Berlin-Wilmersdorf**" heraus – bewusst nicht nur als Informationsblatt für die Gottesdienstbesucher und die Mitglieder der damals "Vereine" genannten Gemeindegemeinschaften, sondern zur Verteilung an die Kirchenmitglieder überhaupt, und mit der erklärten Zielsetzung einer genauen "Einführung in die kirchlichen Verhältnisse und Aufgaben von Wilmersdorf sowie die Landeskirche überhaupt". In Friedenau, Steglitz, Lichterfelde und Zehlendorf hatte man schon einige Jahre zuvor begonnen, die Mitglieder regelmäßig durch ein in hoher Auflage verbreitetes Mitteilungsblatt zu informieren; an einer vorbereitenden Arbeitsgruppe der Kreissynode hatte jedoch kein Wilmersdorfer teilgenommen. Und so blieb Kaiser nun auch über Jahre mit seiner Initiative in der Gemeinde weitgehend allein.

1921 hatte der seit 1915 amtierende Superintendent von Kölln-Land I, **Macholz**, wiederum Anlass, über die Wilmersdorfer Langsamkeit zu klagen. In seinem Ephoralbericht berichtet er von **kirchenreformerischen Ansätzen**, durch organisierte Besuchsdienste die angesichts der Größe ihrer Seelsorgebezirke hoffnungslos überforderten Pfarrer zu unterstützen. In Lichterfelde, wo mit dem Pfarrer A. **Stock** einer der Initiatoren der 1910 gegründeten "Konferenz für evangelische Gemeindegemeinschaften", eines Arbeitszusammenschlusses von Theoretikern und Praktikern einer neuen, den praktischen Aufgaben zugewandeten Gemeindegemeinschaft (später: "Deutscher Evangelischer Gemeindegemeinschaftstag") amtierte, wurde dies schon seit etlichen Jahren mit einigem Erfolg praktiziert. Nun nennt Macholz Steglitz und Friedenau als weitere Beispiele für solche zukunftsweisenden Initiativen des Gemeindeaufbaus, muss dann aber bedauernd hinzufügen: "**Wäre nur Wilmersdorf erst so weit!**"

Zwar waren hier inzwischen neun Pfarrstellen besetzt. Damit kamen aber zu jener Zeit bis zu **12.000 Gemeindeglieder auf einen Pfarrer**, und jeder arbeitete – oft mit dem Gefühl völliger Überlastung – mehr oder weniger für sich. Zusammenarbeit über die Grenzen der Pfarrbezirke oder gar über die Grenzen der Gemeinde hinaus, aktive Beteiligung etwa am 1920 zur Beförderung solcher Initiativen und zur gemeinsamen Interessenvertretung gegründeten "Gemeindegemeinschaftstag Südwest" – bei den Wilmersdorfer Pfarrern Fehlanzeige – jedenfalls, soweit dies aus Protokollen und Akten ersichtlich ist.

Bei einem – unter etwas anderen Vorzeichen auch heute höchst aktuellen – Thema freilich hatte Wilmersdorf damals Vorreiterfunktion, wohl weit über den Kirchenkreis Kölln-Land I hinaus, nämlich in der sogenannten **Schulfrage**, die nach der Weimarer Reichsverfassung umstritten geblieben war: Sollte es weiter Religionsunterricht an den Schulen geben? Hier gelang es dem Wilmersdorfer Pfarrer

August **Winkler**, einem früheren Schulrektor, eine regelrechte Bürgerinitiative zu initiieren! Der von ihm gegründete **Ev. Elternbund Berlin Wilmersdorf** wuchs innerhalb von zwei Jahren auf rund 1.000 Mitglieder und errang bald bei den Elternbeiratswahlen an sämtlichen Wilmersdorfer Schulen eine Mehrheit für die "unpolitisch-christlichen" gegen die sozialdemokratischen Listen – zwar nicht für die von Dibelius propagierte evangelische Bekenntnisschule, wohl aber für eine Schule, an der im Religionsunterricht und auch sonst christliche Wertvorstellungen vermittelt und nicht bekämpft werden sollten. Eine auch nur annähernd vergleichbar große und erfolgreiche Kampagne hat es unter den Evangelischen Wilmersdorfs weder vorher noch nachher jemals gegeben.

Der Kontakt zwischen Kirchengemeinden und Schulen scheint seither in Wilmersdorf, bis in die dreißiger Jahre hinein, von einzelnen Schwierigkeiten abgesehen, für Berliner Verhältnisse relativ gut gewesen zu sein. Nicht zuletzt wurde lange noch ein erheblicher Teil des Konfirmandenunterrichts in schulischen Räumen abgehalten, da eigene kirchliche Räume dafür noch fehlten, und die schulischen Stundenpläne in den entsprechenden Jahrgangsstufen sogar darauf abgestimmt.

Ein anderes wichtiges Thema der zwanziger Jahre war auch in Wilmersdorf die soziale Not großer Bevölkerungsteile. Das hier besonders stark vertretene mittlere Bürgertum fand sich durch den Verlust der gezeichneten Kriegsanleihen und dann durch die **Inflation** weitgehend verarmt. Und auch hier wurde in Wilmersdorf durchaus tatkräftig reagiert. 1923 entstand in Zusammenarbeit zwischen dem schon genannten Pfarrer **Schettler** und dem Kirchenkassenkurator, Bankdirektor **Graemer**, erst eine Kleinrentnerfürsorge und dann ein **überkonfessioneller "Hilfsbund für Mittelstandsnot"**. Im selben Jahr gründete die Gemeinde ein **"Evangelisches Fürsorgeamt"** zur finanziellen und fürsorglichen Unterstützung erwerbsloser Menschen, geleitet durch den Pfarrer Rudolf **Kögel**, und stellte dafür jährlich immerhin Mittel in der Größenordnung des Gehalts von zweieinhalb Pfarrstellen zur Verfügung. Mit ehrenamtlichen Kräften wurden bis zu drei **Suppenküchen** eingerichtet, z.T. auch von wohlhabenden Gemeindegliedern persönlich finanziert. Hier wurden mehrere Jahre hindurch täglich bis zu 200 Bedürftige mit Essen versorgt und konnten überdies einen von Pfarrern und Mitgliedern der Gemeindegremien betreuten warmen Aufenthaltsraum finden.

Finanzielle Eigenständigkeit als Chance: Beobachtungen am Kirchensteuersystem der 20er Jahre

Die Inflation hatte auch die Kirchengemeinde selbst und ihre Pfarrer und Angestellten zunächst stark getroffen. Die bis in den Ersten Weltkrieg hinein für die anstehenden Bauvorhaben gebildeten Baurücklagen waren ebenfalls der Geldentwertung zum Opfer gefallen.

Soweit die frühere Dorfgemeinde noch über Grundstückswerte verfügt hatte, waren diese bereits zur Finanzierung der ersten Kirchenbauten – darunter im übrigen noch vor der Auenkirche, 1893, die große Kirche des vier Jahre zuvor selbständig gewordenen Friedenau! – veräußert worden. Seither und bis heute stehen den Wilmersdorfer Gemeinden zur Finanzierung ihrer Aufgaben im wesentlichen **nur die Kirchensteuereinnahmen** zur Verfügung.

Heute hat dies für die Wilmersdorfer Gemeinden zur Folge, dass sie finanziell eher schlechtere Grundvoraussetzungen haben als viele andere. Sie erhalten ihren Anteil am Kirchensteueraufkommen nach dem allgemeinen Zuweisungsschlüssel, unabhängig vom tatsächlichen örtlichen Steueraufkommen – welches mit großer Wahrscheinlichkeit weit über den Zuweisungsbeträgen liegt. Sie verfügen aber nicht daneben auch über eigene Einnahmen aus Grundbesitz, sondern erhalten lediglich zum Ausgleich Gelder aus dem Solidarfonds.

Damals hingegen besaßen die Gemeinden, jedenfalls außerhalb des Berliner Stadtsynodalverbandes, in Kirchensteuersystem noch einiges an finanzieller Eigenständigkeit. Sie waren zwar verpflichtet, aus ihrem Kirchensteueraufkommen einen erheblichen Umlagebetrag an die Landeskirche abzuführen. Aber sie konnten den Kirchensteuer-Hebesatz, unter Einbeziehung dieser Umlageverpflichtung, selbst festlegen und über die verbleibenden Gelder relativ frei verfügen. Und damit ging es den Wilmersdorfer Gemeinden bald nach dem Ende der Inflation finanziell ausnehmend gut!

Die Kirchensteuer wurde bis Ende der zwanziger Jahre ausschließlich als **Zuschlag zur Einkommensteuer** erhoben, also nur von den Selbständigen und den Mitgliedern mit hohen Vermögenserträgen, die im gutbürgerlichen Wilmersdorf besonders stark vertreten waren. So waren es damals tatsächlich **vor allem die finanziell gut Gestellten**, die mit ihren Kirchensteuern die Gemeinde finanzierten. Nach einer Aufstellung aus dem Jahr 1928 gab es in Wilmersdorf in diesem Jahr 523 Evangelische mit einem Jahres-Einkommen von über 20.000 RM, und diese trugen mit 62,6 % zum Kirchensteuersoll bei. 41 unter ihnen mit einem Jahres-Einkommen von über 80.000 RM brachten allein 30 % der Kirchensteuern dieses Jahres auf!

1930 begegnet in den Akten erstmals auch die Erhebung von Kirchensteuern als **Zuschlag zur Lohnsteuer**. Neben 13.786 Einkommensteuerzahlern waren nun auch 29.660 Lohnsteuerzahler kirchensteuerpflichtig; in der Gesamtsumme hatte das aber damals noch untergeordnete Bedeutung. Einige Jahre später wurde auch, ebenfalls mit Hilfe der Finanzämter, ein verpflichtendes „**Kirchgeld**“ von den nicht kirchensteuerpflichtigen Mitgliedern erhoben, pro Kopf zwar nur mit recht geringen Beträgen, aber doch bis Ende der dreißiger Jahre, einfach durch die hohe Mitgliederzahl, zu einem durchaus eigenständigen Faktor bei der Haushaltsgestaltung angewachsen. Nach dem Krieg wurde dies in Berlin nicht fortgesetzt.

Freilich: Die **Kirchenaustrittszahlen** stiegen nun auch: 1919 in einem ersten großen Sprung von zuvor weniger als 50 im Jahr auf 515; ab 1925 wurde diese Zahl Jahr für Jahr kräftiger überschritten und stieg schließlich auf 1.279, also ca. 1 % (!) im Jahr 1931. Da die Kirchensteuerverwaltung im einzelnen örtlich geregelt war zwischen den zuständigen Finanzämtern und dem kirchlichen Steuerbüro, hatte der Gemeindegemeinderat immer wieder persönliche Fälle zu behandeln. Dabei ist in den Protokollen oftmals von Austritten die Rede, bei denen die Höhe der Kirchensteuerbelastung als Hauptgrund genannt wurde.

Der **Gemeindegemeinderat**, ergänzt um die wesentlich größere gewählte Gemeindevertretung, die nur wenige Male im Jahr und vornehmlich zu diesem Zweck zusammenkam, **setzte in einem jährlichen Umlagebeschluss die Höhe des Kirchensteuerhebesatzes fest**. Dazu wurde zunächst der Ausgabebedarf der Gemeinde ermittelt und dann in Relation zum von den Finanzämtern erwarteten Einkommensteuersoll gesetzt: hieraus errechnete sich der für das jeweilige Haushaltsjahr benötigte Prozentsatz für die Kirchensteuer. Dieser Umlagebeschluss brauchte dann noch die Genehmigung durch das Polizeipräsidium (!).

Bei Kirchensteuersätzen von in Wilmersdorf zunächst 10 – 15 %, gegen Ende der zwanziger Jahre dann 8 % **konnten seit 1924 Jahr um Jahr Anteile von bis zu 50 % der jährlichen Haushalte in die Baurücklage eingestellt werden**. Daneben wurden **bis zu 40 % des jährlichen Haushaltsvolumens an die Landeskirche abgeführt**, für allgemeine kirchliche Zwecke und für den gesamtkirchlichen Finanzausgleich. Mit den verbleibenden 10 – 20 % konnten die Kosten für den laufenden Betrieb einschließlich aller Personalkosten bestritten werden!

Erfolge entschlossenen Handelns: die Chance wird genutzt

Da überdies die tatsächlichen Steuereinnahmen in den Jahren bis zur Weltwirtschaftskrise die vorherigen Schätzungen oft noch weit übertrafen, standen somit in kurzer Zeit wieder enorme Mittel zur Realisierung der lange überfälligen Bauvorhaben zur Verfügung. Und nun ging man auch tatsächlich zügig an die Umsetzung: **In der Gemeinde Wilmersdorf** entstand zunächst **1928** das **Gemeindehaus in Halensee** mit mehreren großen Pfarrwohnungen, dann **1933** der riesige Gebäudekomplex der **Kirche am Hohenzollernplatz** mit ihrem großen Gemeindesaal, dem angrenzenden Gemeindehaus und den lange schon dringend benötigten, nun aber auch besonders groß dimensionierten Pfarrwohnungen. Drei Jahre später schon, **1936**, wurde im Südbezirk auf einem vorausschauend schon 1924 erworbenen Grundstück die **Lindenkirche** errichtet, ebenfalls gleich mit Gemeindehaus und Pfarrhäusern. Dies alles konnte, in wenigen Jahren, ausschließlich aus den Kirchensteuern der begüterten Wilmersdorfer Gemeindeglieder finanziert werden, ohne Unterstützung von staatlicher Seite und auch, ohne dass zuvor erst mühsam durch Bauvereine oder ähnliches Mittel hätten beschafft werden müssen.

Unter vergleichbaren Voraussetzungen konnte **in der Grunewaldgemeinde** bereits **1924** das **Gemeindehaus** gebaut werden, 1929 dazu noch ein großes Pfarrhaus, und **in der Gemeinde Schmargendorf 1929** die **Kreuzkirche** mit Pfarrhaus und Gemeinderäumen.

So war nun in allen drei Gemeinden endlich der aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg herrührende **Rückstand in der Ausstattung mit Kirchen, Gemeindehäusern und Pfarrwohnungen weitgehend aufgeholt** – wenngleich zumindest in der Gemeinde Wilmersdorf noch immer nicht in dem schon 1910 für nötig gehaltenen Umfang von insgesamt sechs Gemeindestandorten. Lediglich das **Gemeindehaus für die Auenkirche** konnte nicht mehr gebaut werden. Als 1938 auch hierfür die Mittel zur Verfügung standen, gab es infolge der Kriegsvorbereitungen keine Baugenehmigung mehr. Abgesehen von der Frage, wie das bereits in Vorplanungen befindliche Gebäude den Krieg überstanden hätte, kann die Gemeinde darüber heute eher froh sein; da die Nutzungskonzepte damals ganz anders aussahen als heute, stünde sie jetzt vor dem Problem, was man mit einem Gemeindesaal von 500 Plätzen anfinde.

Gemeindebezirke mit Teilautonomie: ehrenamtliche Kompetenz und Effizienz auf verschiedenen Leitungsebenen

1926 war in den Mitteilungen des Evangelischen Konsistoriums der Mark Brandenburg zu lesen: „Die evangelische Kirchengemeinde Berlin-Wilmersdorf beabsichtigt ihre **möglichst baldige Zerlegung in selbständige kleinere Gemeinden** und gibt sich ... bis zu Erreichung dieses Zieles zu dem Zweck einer besseren Durchdringung ihrer einzelnen Teile mit kirchlichem Bewußtsein und verstärkter Arbeitsfreudigkeit folgende **Satzung**:...“ Mit dieser Satzung wurden unterhalb der Ebene der "Kirchlichen Körperschaften" aus Gemeindegemeinderat und Gemeindevertretung **vier Bezirksvorstände** gebildet, bestehend jeweils aus einem der Pfarrer und mehreren Gemeindegemeinderatsmitgliedern, der für die meisten inhaltlichen Fragen im jeweiligen Gemeindeteil zuständig war.

Ein erster Entwurf zur Vorbereitung der Gemeindezerlegung stammte von dem Halenseer Pfarrer **Kaiser**, der als einer der gestaltungsfreudigsten unter den Wilmersdorfer Pfarrern vielleicht besonders unter den Einschränkungen seines Handlungsspielraums durch die zentralistischen Strukturen der Großgemeinde zu leiden gehabt hatte und in seinen ersten Jahren auch unter dem Regiment von Oberkonsistorialrat Kriebitz. Zugleich war Halensee ja nun der Gemeindeteil, der nach den

gemeindlichen Planungen als erster komplett mit Kirche und mit Gemeindehaus ausgestattet sein sollte, und gewisse Pläne zur Verselbständigung gab es dort schon seit längerem.

Bei Verabschiedung der Satzung war im Blick, dass eine wirkliche Trennung der einzelnen Gemeindeteile – Alter Ort mit der Auenkirche, Halensee mit der Hochmeisterkirche, sowie Nordbezirk (heute Kirche am Hohenzollernplatz) und Südbezirk (heute Linden- und Vaterunserkirche) – erst dann erfolgen konnte, wenn es überall eine solche komplette Ausstattung geben würde. Bis dahin aber sollte es wenigstens in der praktischen Arbeit schon eine **gewisse Autonomie der Gemeindeteile** geben, um den unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten entsprechen zu können und um engagierten Pfarrern und Laien möglichst viel Raum für eigenständige Initiativen zu bieten. Den Bezirksvorständen wurden darum auch bestimmte Budgets zur Verfügung gestellt – was nicht zuletzt auch zu einer Arbeitsentlastung für den Gemeindekirchenrat führte.

Die **Finanz- und Personalhoheit** jedoch blieb auf der Ebene der **Gesamtgemeinde**. Und das hatte durchaus seine Vorteile. Gerade in einer Situation, wo noch große Bauvorhaben zu bewältigen waren, gab erst das große Finanzvolumen der Gesamtgemeinde den dafür erforderlichen Handlungsspielraum. So wurde denn auch 1929 ein neuerlicher Vorstoß aus Halensee zum Vollzug der Teilung mit knapper Mehrheit im Gemeindekirchenrat abgelehnt.

Neben diesem finanztechnischen Argument hatte die Beibehaltung einer Struktur, in der zentrale Leitungsaufgaben auf der Ebene der großen Gesamtgemeinde angesiedelt waren, aber noch einen weiteren praktischen Vorzug, der sich gerade im Vergleich mit den späteren Verhältnissen in den wesentlich kleineren Einzelgemeinden erschließt. Die Mitwirkung an der Leitung dieser Gemeinde stellte offenbar eine **Aufgabe** dar, **für die hier auch immer wieder hochkompetente Menschen zu gewinnen waren**. So fanden sich im Gemeindekirchenrat durchgängig Juristen, Bankdirektoren, Architekten, ehemalige Stadträte und hohe Verwaltungsbeamte a.D., und sie alle stellten ihre Erfahrung, ihre Kontakte, ihr Wissen und z.T. auch ein erhebliches Maß an Zeit unentgeltlich zur Verfügung.

Dies galt insbesondere für das **Amt des Kirchmeisters**, das in Wilmersdorf **1925** eingerichtet wurde. Mehr als 15 Jahre lang gab es in der Gemeinde immer einen sehr qualifizierten Menschen, der bereit war, ehrenamtlich, mit viel zeitlichem Einsatz, die Verwaltung der gesamten Gemeinde zu leiten: erst ein Bankdirektor, dann der frühere stellvertretende Bezirksbürgermeister, und schließlich ein Spitzenbeamter des Finanzministeriums und der Reichsbank.

Ob es gelungen wäre, für vier einzelne Gemeindekirchenräte und für die Verwaltungsleitung von vier einzelnen Gemeinden jeweils auch so viel an Kompetenz zu gewinnen? Ob die dann vermutlich wesentlich kleinteiligere Arbeitsweise nicht manche von diesen hochkarätigen Fachleuten eher abgehalten hätte, sich dort zu engagieren?

Und noch ein Aspekt erscheint bedenkenswert. Dem großen Gemeindekirchenrat der Gesamtgemeinde gehörten alle **Pfarrer** von Amts wegen an. Aber, ähnlich wie heute in der Kreissynode, **dominierten sie nicht als Gruppe**, gerade weil sie so viele waren und damit auch in vielem unterschiedliche Ziele hatten, und sie dominierten schon gar nicht gegenüber diesen, gerade in Fragen von Finanzen, Verwaltung, Organisation und Personalführung oft kompetenteren Partnern. In den kleineren Gemeindekirchenräten der Einzelgemeinden wäre das möglicherweise schon anders gewesen: drei Pfarrer können sich leichter einigen und dann als Block auftreten. So scheint es denn auch, als ob Unzufriedenheit mit dieser Struktur am ehesten bei einzelnen Pfarrern entstand, die gerne selbst mehr Einfluss haben wollten.

In gewisser Weise entsprach die Struktur der damaligen großen Gemeinde mit ihren vier Bezirken und den übergeordneten Gremien der Gesamtgemeinde durchaus dem, was wir heute eher mühsam wieder zu erreichen versuchen, um die Kirche als Organisation flexibler und handlungsfähiger zu machen: nämlich der Verlagerung von Gestaltungs- und Entscheidungsbefugnis, gerade in Finanz- und Personalangelegenheiten, auf die mittlere, die Kirchenkreis-Ebene, bei gleichzeitiger Wahrung der inhaltlichen Gestaltungshoheit auf örtlicher Ebene.

Die Klärungs- und Entscheidungsprozesse zwischen Gemeinden und kreiskirchlichen Gremien sind gegenwärtig aber noch sehr kompliziert und langwierig. Ehrenamtliche mit der wünschenswerten fachlichen Kompetenz in Finanz- und Verwaltungsdingen für übergreifende Leitungsaufgaben zu gewinnen, ist unter diesen Umständen oft schwierig. Da könnte die damalige Satzung mit ihrer weitaus klareren Aufteilung der Zuständigkeiten ein anregendes Alternativ-Modell darstellen – auch wenn sie bereits damals im Grunde nur als Übergangsregelung gedacht war.

Bedenkenswert: das Listen-Wahlsystem

Dazu lohnt noch ein weiterer Unterschied zwischen den damaligen und den heutigen Verhältnissen genauere Betrachtung. Um heute in ein synodales, z.B. kreiskirchliches Amt gewählt zu werden, muss man zunächst innerhalb seiner Einzelgemeinde die nötige Zustimmung finden, muss also auch bereit sein, sich in den Aufgaben des gemeindlichen Vereinslebens zu engagieren. Dazu sind aber manche Menschen mit den für Leitungsaufgaben auf höherer Ebene wünschenswerten beruflichen Kompetenzen schon zeitlich nicht in der Lage. Die Möglichkeiten, durch Berufungen in die Kreissynode solche Menschen mit heranzuziehen, sind nach der derzeitigen Grundordnung leider nur sehr gering.

Anders war es in den zwanziger und dreißiger Jahren. Da wurde der Gemeindekirchenrat durch Listenwahl gebildet. Und die **Wahlbeteiligung war hoch** – sie betrug 1921 in Wilmersdorf mit 3558 Wählern und 6.150 Wählerinnen 9,2 %, in Steglitz und Lichterfelde sogar über 17 %. Hier zu kandidieren war also durchaus mit öffentlichem Prestige verbunden. Bei den beiden darauffolgenden Wahlen gab es zwar in Wilmersdorf jeweils nur eine Liste, so dass eine eigentliche Wahl dann gar nicht durchgeführt wurde. (Auch dies übrigens eine Wilmersdorfer Eigentümlichkeit: Positionelle Gegensätze, die zur Aufstellung konkurrierender Listen hätten führen können, spielten bis zum Auftreten der Deutschen Christen keine Rolle; und sie sind auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Wilmersdorf weit weniger als anderswo zum Ausdruck gekommen.) Jedenfalls aber war es **beim Listenwahlverfahren viel eher möglich, Kandidatinnen und Kandidaten mit den für die Gemeindeleitung förderlichen Kompetenzen auf sichere vordere Listenplätze zu bringen**. Auch dies mag dazu beigetragen haben, dass die Leitung der Wilmersdorfer Gemeinde damals in dieser Hinsicht so gut besetzt war.

1929: Konzept für eine optimale Personalausstattung

Gegen Ende des Jahres 1929 konnte aus der Gemeinde Wilmersdorf berichtet werden, dass hier nun endlich **12 Pfarrstellen besetzt** waren, drei in jedem Bezirk, die 12. erstmalig mit einem Jugendpfarrer. Dazu waren inzwischen auch eine ganze Reihe von **MitarbeiterInnen** gekommen, die heute dem "diakonisch-sozialpädagogischen" Bereich (dsp) zugerechnet würden: drei Pfarrgehilfinnen, zwei Gemeindeglieder und vier Gemeindegliederinnen, die letzteren fürsorgerisch ausgebildet. Außerdem gab es eine Krankenpflegestation mit sechs Diakonissen. Für die Verwaltungsangelegenheiten gab es einen

Küster, der das Gemeindeamt leitete, aber auch für alle organisatorischen Dinge im Zusammenhang mit den Gottesdiensten an der Auenkirche zuständig war, sowie zwei Hilfsküster in den anderen Gemeindebereichen. Dazu einen Kirchendiener an der Auenkirche und zwei Hilfskirchendiener für Halensee und das Gemeindehaus des Südbezirks an der Detmolder Straße. Von den vier Organisten arbeiteten zwei aufgrund von Honorarvereinbarungen; ihre Aufgabe war die Begleitung der Gottesdienste in der Schul-Aula bzw. im Gemeindesaal. Demgegenüber waren die beiden Kirchenmusiker an der Auen- und an der Hochmeisterkirche bereits fest angestellt - freilich nur im Nebenamt, hauptberuflich waren sie Lehrer.

Aber damit war längst noch nicht das erreicht, was man für inzwischen für erforderlich hielt, um als Kirchengemeinde in Wilmersdorf hinreichend präsent zu sein. So nannte der Bericht als **zusätzlichen Bedarf zu einer wohlgeordneten kirchlichen Versorgung** der weit über 100.000 Evangelischen in Wilmersdorf: "12 neue Pfarrstellen, 2 Organistenstellen, 3 Küsterstellen, 4 Gemeindehelferstellen, 20 Pfarrgehilfinnen, 5 Kirchendienerstellen, 3 Diakonissenstationen mit je 6 Schwestern, 3 Kinderhorte mit je 1 Hortnerin".

Insgesamt wurde es also für nötig gehalten, die Ausstattung mit beruflichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu verdoppeln, ja zum Teil sogar zu vervielfachen. Jeder Gemeindebereich sollte demnach optimal mit sechs Pfarrern ausgestattet sein – **eine Pfarrstelle jeweils für 5000 Gemeindeglieder**. Und zu jeder Pfarrstelle sollte es **eine Pfarrgehilfin** geben, für die damit verbundenen Verwaltungsarbeiten, aber auch für Besuche, zur Betreuung von Gruppen, und um für die Menschen persönlich erreichbar zu sein. Dazu sollten **in jedem der vier Gemeindebezirke** ein fest angestellter, wenn nicht sogar hauptamtlicher **Kirchenmusiker** tätig sein und **zwei Gemeindehelfern/innen** (für fürsorgliche und für Jugendarbeit); es sollte ein eigenes **Gemeindebüro** geben, eine eigene Schwesternstation mit **sechs Schwestern** und einen **Kinderhort**.

So hoffte man, nach Abschluss der noch ausstehenden Bauaufgaben mit den dann dafür verfügbaren Mitteln alsbald die personelle Ausstattung der Gemeinde entwickeln und damit die vier Gemeindeteile in die Selbständigkeit entlassen zu können.

Neuorganisation nach 1945

Dazu ist es dann freilich so nicht mehr gekommen. Es kam das Jahr **1933** und im Jahr zuvor bereits die Kirchenwahl, bei der die Deutschen Christen in Wilmersdorf die Hälfte der Sitze in Gemeindekirchenrat und Gemeindevertretung errangen. Von da an standen andere Fragen auf der Tagesordnung, denen nachzugehen hier nicht der Ort ist. Nur ein Hinweis sei erlaubt: Auch die Geschichte der Wilmersdorfer Gemeinde in der Zeit des Nationalsozialismus weist eine Reihe hochinteressanter Eigentümlichkeiten auf. Ein wenig davon ist in der Dokumentation zur 100-Jahr-Feier der Auenkirche dargestellt; die im Gemeindearchiv lagernden Materialien verdienen jedoch eine noch weit gründlichere Erforschung und Darstellung.

Mit dem **Ende des Zweiten Weltkriegs** war an die hochfliegenden Pläne von 1929 natürlich zunächst einmal überhaupt nicht zu denken. In der zerstörten Stadt und in den zerstörten oder stark beschädigten Kirchengebäuden konnte es zunächst nur darum gehen, mit den wenigen noch verfügbaren und finanzierbaren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allem, was neben der Bewältigung der Alltagsnot an ehrenamtlichem Engagement möglich war, die kirchliche Arbeit langsam wieder in Gang zu bringen. Und dafür waren die Strukturen der Großgemeinde völlig ungeeignet. So wurde nunmehr sehr schnell, bereits **zum 1.4.1946 die Aufteilung der Großgemeinde in vier selbständige**

Gemeinden beschlossen, neben den weiterhin bestehenden Gemeinden Schmargendorf (erst 1960 geteilt) und Grunewald.

Auch die nun entstandenen Kirchengemeinden waren nach heutigen Maßstäben noch sehr groß, sie hatten z.T. bis Ende der 60er Jahre über 20.000 Mitglieder. Aber sie waren nun doch immerhin jeweils auf einen örtlichen Bereich bezogen, hatten jeweils eine Kirche, um deren Instandsetzung oder Wiederaufbau man sich zu mühen hatte, und bildeten immerhin einen etwas überschaubareren Rahmen, in dem sich nun mit vielfach immensem persönlichen Einsatz Stück für Stück auch wieder "normaleres" kirchliches Leben entwickeln konnte.

Der weiteren Entwicklung für alle einzelnen Gemeinden weiter mit der bisherigen Ausführlichkeit nachzugehen, fehlt hier der Platz und fehlt mir als Pfarrer der Auenkirche auch die detaillierte Kenntnis für die anderen Gemeinden. Ich beschränke mich auf einige Schlaglichter.

Gemeinde-Zerlegung damals – Gemeinde-Zusammenlegung jetzt?

In den sechziger Jahren wurde zur Wirklichkeit, was doch bereits 1910 mit Zirkelschlägen und Berechnungen auf den städtischen Bebauungsplan eingetragen worden war: die Bildung von sechs Gemeinden auf dem Gebiet der früheren Gemeinde Wilmersdorf. **1959** wurde von der Lindengemeinde die **Vaterunsergemeinde** abgetrennt und selbständig und konnte 1961, neben dem bereits 1913 für den Südbezirk gebauten Gemeindehaus, ihre neue Kirche einweihen. **1965** wurde aus Teilen der Hohenzollernplatz- und der Hochmeistergemeinde die **Danielgemeinde** gebildet und erhielt 1967 ihr Gemeindezentrum. Etwa zur gleichen Zeit ist **1960** auch die Gemeinde **Schmargendorf** geteilt worden in die größere Kreuzkirchengemeinde und die kleinere Gemeinde Alt-Schmargendorf.

Zu jener Zeit bewegte sich die Zahl der Evangelischen im Kirchenkreis Wilmersdorf noch in ähnlichen Dimensionen wie vor dem Zweiten Weltkrieg. Gemeinde-Teilungen folgten dem Leitbegriff "überschaubare Gemeinde". Demgegenüber ist die **Zahl der Gemeindeglieder in den vier Jahrzehnten seither aber um rund 60 % zurückgegangen!**

Zwar sind auch die kleineren Wilmersdorfer Gemeinden, Alt-Schmargendorf, Grunewald, Vaterunser und Daniel, im Vergleich mit manch anderen in Berlin oder gar in Brandenburg von ihrer Mitgliederzahl her durchaus noch eigenständig lebensfähig. Aber der Rückgang der Mitgliederzahlen wird weitergehen. Auch die Wilmersdorfer Gemeinden geraten mehr und mehr vor die Frage, wie sie **gegenläufig zur Bewegung der Aufteilung** in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sich nun, in den ersten Jahren oder Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts wieder auf einander zubewegen, Formen der Zusammenarbeit entwickeln und dafür **gemeinsame Strukturen schaffen** bis hin zur Zusammenlegung. Und sie stehen auch vor der Frage, ob sie sich damit eher **Zeit lassen** wollen – oder ob jetzt nicht längst schon **entschlossenes Handeln erforderlich** ist, um mit den derzeit noch vorhandenen Mitteln sinnvolle Weichenstellungen vornehmen zu können.

Jedenfalls ist es wohl als glücklicher Umstand anzusehen, dass ein weiteres Gemeindeteilungs-Vorhaben in den sechziger Jahren nicht mehr zustande kam: Der 1961 diskutierte Plan, östlich der Bundesallee aus Teilen der Auen- und der Vaterunsergemeinde noch eine weitere Tochtergemeinde zu bilden, wanderte letztlich unausgeführt direkt ins Archiv.

Langsamkeit früher – heute eine Chance?

Hinsichtlich der **Ausstattung mit beruflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** wurde in den siebziger Jahren in den jetzt neun Wilmersdorfer Gemeinden zwar nicht ganz das erreicht, was 1929 als Optimum formuliert worden war, aber doch fast. Trotz inzwischen längst rückläufiger Mitgliederzahlen einerseits und des im Vergleich zu den Vorkriegsverhältnissen ungleich höheren Gehaltsniveaus im kirchlichen Dienst hatten die stetig gestiegenen Kirchensteuereinnahmen eine solche Personalentwicklung zugelassen. Dabei speisten die Kirchensteuern sich wohl längst nicht mehr vornehmlich aus den Einkommen der "Besserverdienenden". Die auch in Berlin noch bis in die neunziger Jahre anhaltenden Zuwächse beruhten vielmehr im wesentlichen auf der immer höher werdenden Lohnsteuerquote.

Hierdurch wurde es möglich, dass zumindest das **Verhältnis zwischen Pfarrstellen- und Mitgliederzahlen** sich seit Anfang der siebziger Jahre sogar noch weit günstiger darstellte, als es seinerzeit, im Konzept von 1929, mit einer Zahl von 5.000 für möglich gehalten wurde. Und das gilt, trotz der mittlerweile eingetretenen Reduzierungen im pastoralen Dienst, auch noch heute. Dabei ist freilich zu bedenken, dass die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsweisen im Pfarramt sich heute erheblich von denen früherer Pfarrergenerationen unterscheiden.

Ein weitreichender Unterschied besteht zum Beispiel darin, dass es **heute nur noch in Ausnahmefällen eine Zuordnung von Gemeindehelferinnen oder anderen sozialpädagogischen MitarbeiterInnen zu einzelnen Pfarrstellen** gibt, wie das in dem Papier von 1929 als durchgängiges Strukturelement für eine großstädtische Gemeinde gedacht war. Verwaltungsaufgaben, Ehrenamtlichenbetreuung und manches andere, was nach jenem Modell von den Pfarrgehilfinnen geleistet werden sollte, muss heute von den PfarrerInnen in aller Regel selbst wahrgenommen werden. In Anbetracht der unterschiedlichen Gehälter, aber auch der von PfarrerInnen nicht unbedingt zu erwarteten besonderen Qualifikation für solche Aufgaben hätte das damalige Modell durchaus auch für die Gegenwart guten Sinn, sowohl in finanzieller als auch in arbeitsorganisatorischer Hinsicht. Die relativ wenigen dsp-MitarbeiterInnen, die es in Wilmersdorf heute noch gibt, versehen jedoch ganz oder jedenfalls zu erheblichen Teilen ihre eigenständigen Aufgabengebiete in der Kinder-, Jugend- oder Seniorenarbeit und entsprechen damit eher dem, was damals den Gemeindehelfern zugeordnet war. Das Berufsbild der Pfarrgehilfin ist auch hier seit den sechziger Jahren am Verschwinden.

Immerhin scheint es so zu sein, dass zumindest in einem Teil der Wilmersdorfer Gemeinden noch weit darüber hinaus an dem klassischen Modell der persönlichen Zuordnung von Gemeindehelferinnen oder vergleichbaren MitarbeiterInnen zu den einzelnen Pfarrstellen festgehalten wurde – auch noch zu Zeiten, als das andernorts schon als überholt betrachtet wurde.

Seit den **Kirchenreformdiskussionen der sechziger und siebziger Jahre** galten andere Modelle als zukunftsweisend: weg von der Pfarrerorientierung, hin zur Zielgruppen- und Projektarbeit. Unter solchen Leitvorstellungen wurde vielerorts, jedenfalls im Westteil Berlins, die Gemeindearbeit neu organisiert. Dabei wurden auch viele neue Modelle zur Finanzierung zusätzlicher Stellen im dsp-Bereich entwickelt.

In Wilmersdorf, einem noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg überwiegend konservativ geprägten Kirchenkreis, der überdies durch seine Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur kaum so etwas wie soziale Brennpunkte aufweist, fanden all diese Ideen und Entwicklungen **vergleichsweise wenig** Aufnahme. So mag es sein, dass manch einer von außerhalb Wilmersdorfs, aber auch manch einer in Wilmersdorf selbst gelegentlich so wie der Superintendent Macholz im Jahr 1921 geseufzt haben mag: "Wäre nur Wilmersdorf erst so weit..."

War das wieder einmal die anscheinend für Wilmersdorf ein wenig typische Langsamkeit? Wenn ja, dann hätte das jedenfalls aus heutiger Sicht auch wieder positive Folgen. **Der Kirchenkreis Wilmersdorf steht heute**, angesichts des seit zehn Jahren rapide fortschreitenden Rückgangs der Kirchensteuereinnahmen – der im Grunde nach dem lange Zeit überproportionalen Steuerwachstum sogar auch als ein Stück Normalisierung angesehen werden sollte - **mit seinem Personalbestand und seinen Finanzen relativ gut da**. Und dafür gibt es mehrere Gründe.

Natürlich ist erst einmal festzustellen, dass hier seit Anfang der neunziger Jahre einmal nicht abwartend und langsam, sondern sehr entschlossen und zügig auf die neuen Entwicklungen reagiert worden ist, indem Stellen nicht mehr besetzt wurden, auch wo dies noch möglich gewesen wäre, und indem kreiskirchliche Mechanismen entwickelt wurden, um einen möglichst ausgewogenen Personalabbau zu ermöglichen.

Die relativ gute Situation heute hat aber auch damit zu tun, dass **in den Jahrzehnten zuvor die Zahl der beruflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wilmersdorfer Gemeinden nicht so stark erhöht worden** ist, etwa durch diverse Projekte vor allem im dsp-Bereich. Die Personal-Überhänge waren darum von vornherein nicht so groß wie in manchen anderen Kirchenkreisen.

Und das liegt zum dritten wohl auch an der Größe der Wilmersdorfer Gemeinden. Eine große Gemeinde hatte auch nach dem früheren Zuweisungssystem relativ zur Zahl ihrer Mitglieder schon weniger berufliche MitarbeiterInnen, als es zwei halb so große Gemeinden zusammen gehabt hätten. Und es gab eben in Wilmersdorf zu Anfang der neunziger Jahre fast nur Gemeinden, die **aufgrund ihrer Größe schon ein relativ ausgewogenes Verhältnis** aufwiesen zwischen der Zahl ihrer Mitglieder und der Anzahl ihrer beruflichen MitarbeiterInnen.

Die Tatsache, dass die jetzt anstehenden Strukturanpassungen in Wilmersdorf bisher relativ zügig und auch relativ undramatisch bewältigt werden konnten, **hat also auch mit der spezifischen Wilmersdorfer Langsamkeit zu tun**, in der zu früheren Zeiten manche Trends – kleinteilige Organisation einerseits, Stellen-Expansion andererseits - nicht aufgenommen oder aber erst recht spät mitgemacht wurden. Dies freilich sollte umso mehr dazu anhalten, durch entschlossenes Handeln die Strukturen so weiterzuentwickeln, dass die aus früherer Langsamkeit erwachsenen Vorteile nicht verspielt werden.

Der Kreis schließt sich

Diese merkwürdige "List der Geschichte" – Langsamkeit als Chance für spätere Entwicklung - soll nun zuletzt noch an einem ganz anderen Thema illustriert werden. In den sechziger und siebziger Jahren und auch noch darüber hinaus wurden in Berlin nicht wenige der großen Kirchen erheblich umgestaltet: Weil sie für die jetzige Nutzung zu groß geworden waren, oder auch, weil sie den ästhetischen oder liturgischen Vorstellungen nicht mehr entsprachen. Manches davon hat sich bewährt. Nicht wenige dieser Umbauten stellen sich heute aber als große Fehler dar, haben dem Raum Gewalt angetan, konnten nicht wirklich eine neue liturgische Nutzung befördern und blieben insofern dysfunktional, machten die früher gute Akustik zunichte.

In Wilmersdorf hielten sich die Veränderungen an den Kirchenräumen durchweg im Rahmen. Radikale Experimente gab es nicht, oder sie kamen zumindest über das Stadium von Vorüberlegungen nicht hinaus. So wurden im Jahr 1967 in der Auenkirche Entwurfsskizzen diskutiert, die Fenster der Auenkirche vorne und an den Seiten stark zu vergrößern, dafür die Seitenemporen zum Teil herauszunehmen und den Altarraum weit in den Raum hinein zu ziehen. Die hervorragende Akustik

der Kirche wäre dadurch ruiniert worden und alles, was jetzt ihren Raumcharakter ausmacht, zerstört – diktiert durch ein Kirchen-Umbau-Programm, das 35 Jahre später nur mehr als vorübergehende Mode erscheint. Von solchen Bedenken findet sich in den damaligen Akten nichts. Aber man war zum Glück langsam. Es fehlte am nötigen Geld und auch an der Entschlossenheit, sich für ein solches Projekt einzusetzen, selbst wenn man es zunächst faszinierend gefunden haben mochte.

Und wenn es auch bei den anderen Kirchen Wilmersdorfs keine radikalen Umbauten gegeben hat, so hat das wohl auch zu tun mit der hier gegebenen architektonischen Qualität der einzelnen Kirchengebäude in ihrer Verschiedenheit. Bei der Kreuzkirche und bei der Kirche am Hohenzollernplatz konnte man wohl kaum auf die Idee kommen, aus diesen Bauwerken etwas sehr anderes machen zu wollen als das, wofür und wie sie gebaut waren. Aber auch die drei Kirchen aus der wilhelminischen Ära wurden nie als Relikte früherer Zeiten empfunden, die eigentlich gar nicht mehr gebraucht würden und mit denen man darum gut und gerne auch etwas ganz anderes machen könnte, sondern sie wurden und werden im wesentlichen so geschätzt und so genutzt, wie sie vor hundert Jahren gebaut wurden.

Damit schließt sich der Kreis dieser Darstellung. Dass es in Wilmersdorf diese vielfältige, in siebenzig Jahren gewachsene Kirchenlandschaft gibt, ist beileibe nicht von vornherein so beabsichtigt gewesen. Aber es ist – jedenfalls auch – der positive Effekt einer gewissen Langsamkeit, die es in Wilmersdorf nicht nur vor hundert Jahren gegeben hat, sondern in Bezug auf andere Fragen auch später immer mal wieder.

Damit soll die Langsamkeit nicht durchweg zur Tugend erklärt werden. Gewiss hätte es der Entwicklung der Evangelischen Kirche in Wilmersdorf, als volkscirchlicher Organisation, gut getan, wenn es manche inneren Hemmnisse nicht gegeben hätte und wenn in bestimmten Phasen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten entschlossener wahrgenommen worden wären. Das zeigt sich nicht zuletzt an solchen Phasen, wo es anders war; wo Herausforderungen entschlossen angenommen wurden und die Gunst der Stunde genutzt werden konnte; z.B. in den zwanziger Jahren, als es gelungen ist, den übernommenen Entwicklungs-Rückstand in sehr kurzer Zeit weitgehend aufzuholen.

Wahrscheinlich ist es aber so, dass beides sein Gutes haben kann: Zurückhaltung üben gegenüber allzu raschen, allzu modischen Entwicklungen und bloß vermeintlichen Handlungsnotwendigkeiten; Zeit zum Wachsen lassen; Langsamkeit im Sinne von Sten Nadolnys Roman "Die Entdeckung der Langsamkeit". Dann aber eben auch Entschlossenheit im Umsetzen dessen, was dran ist, und im rechtzeitigen Ergreifen der sich bietenden Chancen.

Die Kunst auch in der Leitung von Gemeinden und Kirche besteht darin, das eine vom anderen situationsgerecht zu unterscheiden.

Hierzu sollte die hier gegebene Darstellung Anschauungsmaterial zur Verfügung stellen und Anregungen geben – zur Selbstverständigung in Wilmersdorf und auch darüber hinaus. Vielleicht kann sie auch Impulse geben für die heute notwendigen Überlegungen zur Weiterentwicklung unserer kirchlichen Strukturen überhaupt.

Abschließend eine Idee für ein Forschungsprojekt: Um das an empirischem Material noch zu vertiefen, könnte es sich lohnen, in einer Längsschnitt-Untersuchung die Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse im oft eher als "langsam" erscheinenden Wilmersdorf zu vergleichen etwa mit der Entwicklung in Steglitz. Dieser Kirchenkreis ist von den äußeren Gegebenheiten her in vielem vergleichbar. In der kirchlichen Entwicklung hingegen galten Steglitz und Lichterfelde nicht nur zu

Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, sondern eine Reihe von Steglitzer Gemeinden auch später, z.B. in den Zeiten der Kirchenreformdiskussionen, als "fortschrittlicher". Nun wären Forschungsfragen zu entwickeln: Welches kirchenleitende Handeln in den beiden Kirchenkreisen hat welche Folgen gehabt – kurz-, mittel- und langfristig? Bestehen heute, z.B. in der Art der Kirchenverbundenheit der Mitglieder, im volkskirchlichen Teilnahmeverhalten, überwiegend Gemeinsamkeiten, oder sind da auch signifikante Unterschiede festzustellen? Und lässt sich das eine wie das andere aus der jeweiligen Organisationsgeschichte verständlich machen?

Die Ergebnisse einer solchen Untersuchung, über einen Zeitraum von rund 120 Jahren, könnten sehr instruktiv sein für kirchenleitendes Handeln heute im Hinblick auf die Weiterentwicklung der kirchlichen Strukturen. Die Akten aus dem Kirchenkreis Kölln-Land I könnten für die erste Hälfte dieser Zeit schon einmal eine gute Ausgangsbasis liefern; sie dürften überhaupt ein lohnendes Quellenmaterial darstellen, das der Erschließung für die praktisch-theologische wie für die zeitgeschichtliche Forschung harret. Aber das alles wären Projekte, welche die Arbeitsmöglichkeiten eines Gemeindepfarrers bei weitem übersteigen.

Der vorstehende Beitrag wurde im wesentlichen erstellt aufgrund des Quellenmaterials im Archiv der Auengemeinde, welches bis 1946 zugleich das Archiv der gesamten Gemeinde Wilmersdorf ist. Detaillierter, freilich auch stärker konzentriert auf den Bereich der Auengemeinde, ist die Darstellung in der Festschrift zur 100-Jahr-Feier der Auenkirche 1997; diese ist noch erhältlich.